

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/019(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 11.03.2022	Ratssaal	15:00 Uhr	17:05 Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21. 01. 2022 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
- 5.1 Bewerbungsverfahren für Beigeordnete A0220/21
Fraktion FDP/Tierschutzpartei
- 5.1.1 Bewerbungsverfahren für Beigeordnete S0421/21
Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung

5.2	Installation von digitalen Anzeigetafeln in den Bürgerbüros Interfraktionell	A0164/21
5.2.1	Installation von digitalen Anzeigetafeln in den Bürgerbüros Beigeordneter für Personal, Bürgerservice und Ordnung	S0012/22
5.3	Benennung Brücke des Magdeburger Recht Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0231/21
5.3.1	Benennung Brücke des Magdeburger Recht Kulturausschuss	A0231/21/1
5.3.2	Benennung Brücke des Magdeburger Recht Beigeordneter für Umwelt und Stadtentwicklung	S0498/21
5.4	Interessenbekundungsverfahren Hermann-Gieseler-Halle Fraktion GRÜNE/future!	A0234/21
5.4.1	Interessenbekundungsverfahren Hermann-Gieseler-Halle Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0234/21/1
5.4.2	Interessenbekundungsverfahren Hermann-Gieseler-Halle Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	S0511/21
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Änderung des Gesellschaftsvertrages der TRANSPORTWERK Magdeburger Hafen GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0070/22
7	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Ronny Kumpf

Olaf Meister

Oliver Müller

Carola Schumann

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Vertreter

Jürgen Canehl

Anke Jäger

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. Stadträtin Linke

i.V.f. Stadträtin Lösch

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl

Madeleine Linke

Nadja Lösch

Jens Rösler

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Mit dem Hinweis auf noch bestehenden Beratungsbedarf beantragt Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, die Vertagung des TOP 5.4.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21. 01. 2022 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 21. 01. 2022 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 3 Enthaltungen genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Bürger*innen anwesend.

5. Anträge

5.1. Bewerbungsverfahren für Beigeordnete Vorlage: A0220/21

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Platz teil.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag A0220/21. Sie nimmt Bezug auf das letzte Ausschreibungsverfahren zur Besetzung einer Beigeordnetenposition und kritisiert, dass die durch den Fachbereich 01 ermöglichte Einsichtnahme in die Bewerbungsunterlagen in ihrer Fraktion nicht ausreichend war, um hier zu einer Meinungsbildung zu kommen. Hier müsse ein anderer Weg gefunden werden, dass die entsprechenden Unterlagen zugänglich gemacht werden.

Mit Hinweis auf eine hohe Bewerber*innenanzahl bezweifelt der Oberbürgermeister, dass eine persönliche Vorstellung im Stadtrat möglich ist.

Der Beigeordnete Herr Platz führt aus, dass es rechtlich zwar möglich sei, das beantragte Verfahren umzusetzen, hält dies aber für nicht sinnvoll. Als zweckmäßiger sieht er das bisher praktizierte Verfahren, die Bewerberauswahl und -vorstellung im Verwaltungsausschuss vorzunehmen. Auch können die Fraktionen Bewerber*innen zur Vorstellung einladen und parallel dazu Einsicht in die Bewerbungsunterlagen im Fachbereich 01 nehmen.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, äußert, kategorisch gegen den Vorschlag einer persönlichen Vorstellung im Stadtrat zu sein und begründet seine Auffassung. Hinsichtlich einer digitalen Bereitstellung der Unterlagen sieht er diese auf Grund des Datenschutzes als nicht zielführend an.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, unterstützt die Auffassung des Stadtrates Dr. Grube und merkt an, dass ein sinnvolles Verfahren zur Einsichtnahme in die Unterlagen gefunden werden müsste.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, macht den Vorschlag hinsichtlich einer Änderung des Antragstextes bzgl. der digitalen Bereitstellung der Unterlagen. Dazu ist der erste Teil des Antrages zu streichen und lautet somit wie folgt:

Um ein transparentes Bewerbungsverfahren bei der Wahl als Beigeordnete/Beigeordneter zu gewährleisten, werden zukünftig die Bewerbungsunterlagen der Kandidatinnen und Kandidaten für dieses Amt allen Stadtratsmitgliedern digital zur Verfügung gestellt.

Stadträtin Schumann merkt an, ob die Bereitstellung über ein Kennwort per Cloud oder „Nichtöffentlich“ erfolgt, bleibt in der Verantwortung der Verwaltung.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, äußert, mit dieser Änderung dem Antrag zustimmen zu können.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass seitens seiner Fraktion schon seit längerer Zeit die Verfahrensweise zum Umgang mit nichtöffentlichen Unterlagen kritisiert wird und sieht das Verfahren zur Einsichtnahme der Unterlagen als zu kompliziert an. Es muss möglich sein, dass alle Mitglieder des Stadtrates entsprechend informiert sind. Sein Wunsch wäre, dass das Anliegen der Fraktion FDP/Tierschutzpartei ernster genommen wird. Er stellt klar, dass es nicht um alle Bewerber*innen geht, sondern um die, die tatsächlich zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden.

Eingehend auf die Bewerberverfahren macht der Oberbürgermeister darauf aufmerksam, dass, wenn die Ausschreibungsbedingungen formal erfüllt sind, die Bewerber*innen auch als formal geeignet gelten. Wenn die Bedingungen jedoch nicht sehr hoch sind könne es sein, dass es eine hohe Anzahl an Bewerber*innen gibt. Er sieht es als sinnvoller an, eine Vorauswahl vorzunehmen.

Insbesondere verweist er darauf, dass eine 14tägige Frist besteht, um Einsicht in die Unterlagen nehmen zu können. Eine digitale Bereitstellung sieht er als schwierig an, da hier die Gefahr besteht, dass bestimmte Namen von Bewerber*innen an die Öffentlichkeit geraten.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, erklärt seine Unterstützung zum Antrag in der geänderten Form. Er begründet, dass es machbar sein muss, die Unterlagen für den Stadtrat bereitzustellen.

Kritisch äußert er sich, dass nichtöffentliche Unterlagen bei Aufruf im Informationssystem automatisch mit einem Wasserzeichen versehen sind. Dieser Verfahrensweise habe er nie zugestimmt.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future!, widerspricht den Ausführungen des Stadtrates Müller und führt aus, dass ihm immer Termine zur Einsicht in Unterlagen gewährt worden sind. Mit dem kritischen Hinweis darauf, dass nur wenige Stadträte und Stadträtinnen von der Möglichkeit der Einsichtnahme Gebrauch machen bezeichnet er das bisherige Verfahren als ausreichend. Aus seiner Sicht besteht keine Notwendigkeit einer Änderung.

Stadträtin Jäger, Fraktion DIE LINKE, merkt an, als Berufstätige nicht die Möglichkeit zu haben, jederzeit die Unterlagen einsehen zu können. Für eine Meinungsbildung zu den Bewerber*innen hält sie einen Zeitraum von 1 Stunde für nicht ausreichend.

Der Beigeordnete Herr Platz sieht eine digitale Versendung als zeitgemäßes Verfahren an. Hierzu müsse mit der Datenschutzbeauftragten gesprochen werden, inwieweit bestimmte Daten gefiltert werden müssen, um als Information bereitgestellt werden zu können. Hinsichtlich der Termine zur Einsichtnahme in Unterlagen führt er aus, noch nie erlebt zu haben, dass diese in Größenordnungen vereinbart wurden. Eingehend auf die Kritik der Stadträtin Jäger äußert er Entgegenkommen bei der Terminvergabe unter Berücksichtigung der Berufstätigkeit.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass noch nie eine Beigeordnete bzw. ein Beigeordneter gewählt wurde, welche sich nicht bereits im Vorfeld in den Fraktionen vorgestellt hatten.

Eingehend auf andere Bewerbungsverfahren, wie z.B. bei der Besetzung von Eigenbetriebsleitern, merkt Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, kritisch an, dass die Fraktionsvorsitzenden zwar zu den entsprechenden Sitzungen der Betriebsausschüsse eingeladen werden, ihnen aber nie Unterlagen dahingehend, wer sich beworben hat, bereitgestellt wurden. Er spricht sich dafür aus, dass die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, vertritt die Auffassung, dass in der heutigen Zeit die Möglichkeit bestehen sollte, seitens der KID eine passwortgeschützte Cloud zur Verfügung zu stellen und bittet um entsprechende Prüfung.

Abschließend äußert Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, dass natürlich Bewerber*innen in die Fraktion eingeladen werden. Jedoch möchten sich ihre Fraktionsmitglieder ein eigenes Bild über die Bewerber*innen machen und dazu werde die Möglichkeit gebraucht, alle Unterlagen zur Verfügung zu haben.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0220/21 der Fraktion FDP/Tierschutzpartei in geänderter Fassung in seiner Sitzung am 24. 03. 2022 zu beschließen.

Hinweis: Die geänderte Fassung wird als Änderungsantrag A0220/21/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.1.1. Bewerbungsverfahren für Beigeordnete Vorlage: S0421/21

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Installation von digitalen Anzeigetafeln in den Bürgerbüros
Vorlage: A0164/21

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Personal, Bürgerservice und Ordnung Herr Platz teil.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, bringt den Antrag umfassend ein und geht dabei insbesondere auf die Frage der Kosten ein. Dabei bezweifelt sie das in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellte Zahlenmaterial.

Der Beigeordnete Herr Platz informiert, dass im Ausschuss FG die Sinnhaftigkeit der Maßnahme infrage gestellt wurde. Zum angezweifelteten Zahlenmaterial führt er aus, dass dieses von der MVGM übernommen wurde. Er macht darauf aufmerksam, dass eine Umsetzung des Antrages nicht zum Nulltarif erfolgen kann. Die Stellungnahme der Verwaltung besage jedoch nicht, dass die Maßnahme nicht durch die Verwaltung umgesetzt würde. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die benötigten finanziellen Mittel derzeit nicht zur Verfügung stehen, aber für 2023 in den Haushalt eingestellt werden können. Prinzipiell spreche jedoch nichts dagegen, auf Informationstafeln in kleinerer Form den Bürger*innen entsprechende Informationen anzubieten.

Stadträtin Jäger, Fraktion DIE LINKE, vertritt die Auffassung, dass Bürgerbüros dafür da sind, Informationen zu geben, aber nicht dafür, Werbung anzubieten. Sie sieht es als legitim an, die Kosten zu hinterfragen.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future! äußert seine Zweifel an der Höhe der Unterhaltungskosten und erklärt seine Enthaltung.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet die Kosten ebenfalls als zu hoch und äußert, dem Antrag nicht zustimmen zu wollen. Bezug nehmend auf die Ausführungen der Stadträtin Schumann bzgl. der Kostenberechnungen wirft er die Frage auf, welche Kosten im Jahr nach deren Berechnung entstehen würden. Er sieht 50 TEUR für laufende Kosten als zu viel an. Stadtrat Dr. Grube unterbreitet den Vorschlag, die Behandlung des Antrages ruhen zu lassen bis seitens der MVGM die Maßnahme verifiziert wurde.

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, führt aus, dass sich ihm die Sinnhaftigkeit der Maßnahme nicht erschließe und er auch keine Notwendigkeit hierfür sieht. Er erklärt seine Ablehnung.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, macht klarstellende Ausführungen zu den Kosten und zieht das Fazit, dass die Maßnahme kostenfrei sei, wenn durch die MVGM die entsprechende Lizenz erworben wird.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kritisiert, dass hinsichtlich der Preise die Quellen hierfür offen bleiben und spricht sich dafür aus, dass diese Daten überprüfbar hinterlegt werden.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, möchte eine klare Aussage hinsichtlich der entstehenden Kosten. Er vertritt die Auffassung, dass die Besucher*innen der Bürgerbüros ausreichend Zeit haben, sich über die benannten Tafeln zu informieren. Die Möglichkeit der Werbung sollte hier genutzt werden.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, erklärt, den Antrag **zurückzustellen** mit der Bitte an die Verwaltung, dass Zahlenmaterial zu konkretisieren sowie die entsprechenden Quellen und die tatsächlichen Kosten darzustellen.

5.3.	Benennung Brücke des Magdeburger Recht	A0231/21
5.3.1.	Benennung Brücke des Magdeburger Recht	A0231/21/1

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht erläuternde Ausführungen zum Antrag A0231/21. Eingehend auf den vorliegenden Änderungsantrag des Kulturausschusses bezeichnet er diesen als gut.

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future!, sieht die Thematik der Brückenbenennung als total überzogen an und spricht sich gegen den Antrag A0231/21 aus.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass für die Brücke ein prägnanter Name gefunden werden muss und spricht sich für den Änderungsantrag A0231/21/1 aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0231/21/1 des Kulturausschusses in seiner Sitzung am 24. 03. 2022 zu beschließen.

Mit dieser Beschlussempfehlung hat sich eine Abstimmung zum A0231/21 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz erübrigt.

5.3.2.	Benennung Brücke des Magdeburger Recht Vorlage: S0498/21
--------	---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4.	Interessenbekundungsverfahren Hermann-Gieseler-Halle Vorlage: A0234/21
5.4.1.	Interessenbekundungsverfahren Hermann-Gieseler-Halle Vorlage: A0234/21/1
5.4.2.	Interessenbekundungsverfahren Hermann-Gieseler-Halle Vorlage: S0511/21

zurückgestellt

6. Beschlussvorlagen

6.1.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der TRANSPORTWERK Magdeburger Hafen GmbH Vorlage: DS0070/22
------	---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Kroll teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die Drucksache DS0070/22 in seiner Sitzung am 21. 04. 2022 zu beschließen.

7. Verschiedenes

7.1. Schiffshebewerk

Stadtrat Schwenke, CDU-Ratsfraktion, informiert über eine im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsrates Schiffshebewerk aufgetretene Problemstellung hinsichtlich der Ausschreibungsthematik für eine Personalstelle. Auf Grund des Ausscheidens eines Mitarbeiters im September vergangenen Jahres erfolgte im Oktober eine entsprechende Bedarfsanzeige an die Dezernate I und III. Stadtrat Schwenke legt kritisch dar, dass, obwohl für die Ausschreibung höchste Priorität festgelegt wurde, bisher keine Ausschreibung erfolgte. Er macht darauf aufmerksam, dass derzeit nur zwei Mitarbeiter im Schiffshebewerk tätig sind. Sollte es hier zu einem weiteren personellen Ausfall kommen, wäre der Betrieb des Schiffshebewerkes gefährdet.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die Problematik in seiner nächsten Dienstberatung zu klären.

7.2. Werbematerial der Fraktionen

Auf Nachfrage der Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/Tierschutzpartei, hinsichtlich einer Anweisung, dass kein Werbematerial der Fraktionen im Rathaus ausgelegt werden soll, verweist der Oberbürgermeister auf eine entsprechende Anweisung, die dies untersagt.

Mit dem Hinweis, dass sich nicht immer an diese Regelung gehalten wird, wird Stadträtin Schumann die Frage auf, ob es nicht eine Möglichkeit für die Fraktionen gibt, im Rathaus ihr Informationsmaterial so auszulegen, dass auch Bürger*innen hier Zugang haben. Sie bittet um eine entsprechende Prüfung.

7.3. Briefkasten Alter Markt

Bezug nehmend auf eine von ihm gestellte Anfrage erinnert Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, an seine Frage bzgl. der Sinnhaftigkeit, für den für die Dauer des Weihnachtsmarktes abgebauten Briefkasten einen anderen Standort zu finden. Er wirft die Frage auf, ob tatsächlich, wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt, hierfür die Deutsche Post zuständig sei.

Hierzu führt der Beigeordnete Herr Platz aus, darüber keine definitive Kenntnis zu haben. Da die Stellungnahme durch den Geschäftsführer der Weihnachtsmarktgesellschaft vorbereitet wurde, gehe er davon aus, dass dies so sei.

Der Oberbürgermeister sieht es als sinnvoll an, einen neuen Platz zu finden. Hierfür könne mit der Deutschen Post geredet werden, den Platz im Rahmen der Umgestaltung des Alten Marktes zu ändern.

7.4. Prüfberichte RPA

Zur Bitte des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, zu prüfen, ob die Prüfberichte des RPA den Fraktionen auch digital zu Verfügung gestellt werden können, sieht der Oberbürgermeister keine grundsätzlichen Probleme.

7.5. Ukraine-Krise

Der Oberbürgermeister berichtet, dass mit Beginn des Krieges ein täglich tagender Sonderstab Ukraine gebildet wurde, dessen Leiterin die Bürgermeisterin Frau Borris ist.

Derzeit würde Magdeburg einen enormen Flüchtlingszustrom erfahren, der städtisches, aber auch das Personal der Hilfsorganisationen sowie Ärzte an ihre Grenzen bringen würde.

Der Beigeordnete Herr Platz bestätigt die Aussagen des Oberbürgermeisters und berichtet, dass die H.-Gieseler-Halle als Erstanlaufstelle derzeit voll ausgelastet ist und nach Alternativen gesucht wird.

Da sich die Flüchtlinge die ersten drei Monate ohne Anmeldung in Deutschland aufhalten können, ist der Zustrom nicht planbar. Eine Zuweisung durch das Land erfolge nicht.

Herr Platz informiert, dass ab kommenden Montag im Bürgerbüro West die Aufgaben Registratur/Einwohnermeldeamt/Sozialleistungen gebündelt und nur ukrainischen Flüchtlingen angeboten werden.

Alle anderen Aufgaben werden in die anderen Bürgerbüros ausgelagert.

Stadträtin Jäger, Fraktion DIE LINKE, thematisiert den großen Wunsch vieler, ehrenamtlich helfen zu wollen, aber nicht wüssten wie, da vieles durch die Verwaltung nicht koordiniert würde. Sie stellt die Frage, ob durch die Verwaltung nicht spezielle Projekte ausgelobt werden könnten, damit diese Organisationsaufgaben durch die Freiwilligenagentur übernommen werden. Natürlich müssten die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Herr Platz betont, diese Aufgaben in der Verwaltung selbst wahrnehmen zu können, allerdings fehlt das dafür eingesetzte Personal dann an anderer Stelle.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Finanzierung der Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge nach derzeitigem Kenntnisstand nach dem AsylbLG erfolgt und z.B. keine Investitionen getätigt werden dürfen. Er betont, dass die Ausstattung, ärztliche Versorgung und auch die Versorgung mit Essen und Getränken alles andere als trivial ist und die Stadt damit auch an ihre Grenzen stößt.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, erklärt, dass die bereits vor der Krise überlastete Ausländerbehörde nun noch mehr überlastet wird.

Er bezeichnet die jetzt eintreffenden Kriegsflüchtlinge als "echte Flüchtlinge", wohingegen die Flüchtlinge der Jahre 2015 ff lediglich Wirtschaftsflüchtlinge seien.

Außerdem gibt er den Hinweis, dass die Herrichtung weiterer Sport- und Freizeiteinrichtungen für die Flüchtlingsunterbringung zu weiteren Einschränkungen im Vereinssport etc. führen werden und bittet darum, dies nur kurzfristig und sensibel in Betracht zu ziehen.

Auf die Nachfrage des Oberbürgermeisters, wo denn nach seiner Meinung die Flüchtlinge untergebracht werden sollen, erklärt Stadtrat Kumpf, Hotels anzumieten, andere Hallen oder die Johanniskirche zu nutzen.

Herr Platz informiert, dass derzeit die Messehalle 3 hergerichtet wird.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, verweist auf die sehr informative Webseite der Freiwilligenagentur und berichtet, dass gerade Privatleute viel Hilfe organisieren.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, erklärt, dass aus seiner Sicht der Sonderstab die Aufgaben nicht erfüllen kann. So sei ihm von chaotischen Zuständen in der H.-Gieseler-Halle berichtet worden. Es müssten mehr Freiwillige eingebunden werden, die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sei groß.

Herr Platz weist die Kritik des Stadtrates Zander nachdrücklich zurück und berichtet detaillierter über die ersten Tage des ungesteuerten Flüchtlingszustroms und die damit verbundenen zusätzlichen Aufgaben wie Unterbringung, Versorgung etc. Dass in dieser Situation nicht alles sofort perfekt lief, sei normal, betont er.

Er lobt die Einsatzbereitschaft und das Engagement der hauptamtlichen und freiwilligen Mitarbeiter*innen ausdrücklich.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin